

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/88

SAARBRÜCKEN - SPD-Parteitag  
13. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Aufgaben der deutschen Politik Zur Rede von Willy Brandt vor dem Parteitag	71
2 - 3	Günter Grass Kritik - Mahnung - Auftrag	67
4	Frauen als Delegierte in Saarbrücken Prozentualer Anteil seit Nürnberg vergrößert Von Ursula Hanau	48
5	Kassel Zur Erinnerung an Philipp Scheidemann Von Wendelin Enders, MdB	50
6 - 7	Die SPD - aus schwedischer Sicht Von Kaj Björk. Mitglied des Reichstages und Vorsitzender der schwedischen Delegation im Europarat	86

Aufgaben der deutschen Politik

Zur Rede von Willy Brandt vor dem Parteitag

sp - Willy Brandt hat in seiner großen Rede auf dem Parteitag in Saarbrücken alle Fragen angesprochen, die nicht nur die Sozialdemokraten bewegen. Im Bewußtsein, daß eine festgefügte, reformfreudige und zielsichere Sozialdemokratie das feste Fundament der deutschen Demokratie ist, hat ihr Vorsitzender und Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland fordernde Akzente für die deutsche Politik gesetzt, ohne hierbei die Schwierigkeiten zu verschweigen, die sich unter Umständen auf dem Wege zu einer modernen Gesellschaft mit Chancengleichheit für alle Bürger stellen können. Diese Schwierigkeiten sind nicht nur die nörgelnden und hemmenden Einflüsse der heute in der Opposition stehenden C-Parteien, sondern auch die Realitäten der Wirtschaft und die internationalen Gegebenheiten.

Wer Willy Brandt kennt und seinen Lebensweg verfolgt hat, der weiß, daß dieser Mann nichts beschönigt. Er redet nicht über etwas hinweg, sucht keine effektvollen Formulierungen. Im Gegenteil, mitunter gewinnt man den Eindruck, Brandt türmt einen schwer zu besteigenden Berg vor seinen Zuhörern auf, um dann noch deutlicher machen zu können, wie notwendig "der lange Marsch der Reformen" ist, um ans Ziel zu gelangen.

Nicht ohne Genugtuung konnte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in seinem Referat darauf verweisen, daß es heute kaum noch eine ernstzunehmende politische Gruppierung gibt, die sich nicht mit dem Gedankengut drapiert, das schon seit vielen Jahren zu den klar umrissenen politischen Zielvorstellungen der Sozialdemokratie gehört.

In der Kritik mit den Gegnern der SPD sparsam, in der klaren Abgrenzung gegenüber nebulösen und weit über realisierbare Ziele hinauschießenden Forderungen an Staat und Gesellschaft sich bemerkbar machenden politischen Gruppen hart, erteilte Brandt eine deutliche Absage an Dogmatismus und verbales revolutionäres Gehabe. Es gibt für ihn selbstverständlich kein "zurück hinter Godesberg". Aber ebenso wenig verzichtet Brandt darauf, die Partei daran zu erinnern, daß es "weder

totale Lösungen, noch letzte Antworten" gibt. Es gilt, die Politik der Partei immer wieder neuen Erfordernissen der Zeit anzupassen. Hierbei geht es ihm um die ausgewogene Synthese der für jede Partei notwendigen Diskussion mit der Bereitschaft zur solidarischen Aktion. Glaubhaft und schöpfend aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen im Kampf um die Sicherung und Erhaltung der deutschen Demokratie läßt Brandt erkennen, daß gerade die Sozialdemokratie eine stets bereite Verpflichtung zur Verwirklichung sozialer Reformen im Sinne einer modern strukturierten Gesellschaft der Freiheit hat.

Unterbau seines politischen Willens ist für Brandt die Fähigkeit des demokratischen Deutschland, Spannungen zwischen den Völkern abzubauen und den Frieden in Europa sichern zu helfen. Für ihn erschöpft sich eine Politik dieser Art nicht in der Fixierung juristischer Formeln. Sie ist für ihn lebendige Wirklichkeit. Wenn er sagt, unsere Aufgabe müsse es sein, in diesem Jahrzehnt der europäischen Friedensordnung näher zu kommen, oder wenn er betont, wir seien uns mit dem in der DDR Verantwortlichen einig, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe, dann meint er das auch so. Er ist bereit, eine so konzipierte Politik zu verwirklichen, ohne sich hierbei von politischen Gegnern stören zu lassen, die trotz 20jähriger Herrschaft in der Bundesrepublik heute noch nicht zugeben, daß sie Fehler gemacht und kein besseres Konzept anzubieten haben.

In ihrem wesentlichen Teil war die Rede von Willy Brandt den innenpolitischen Aufgaben der Partei gewidmet. Unverkennbar ist aber auch sein Bestreben gewesen, der Partei und damit der deutschen und internationalen Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß das Bemühen der jetzigen Bundesregierung um den Abbau der Spannungen nach Osten hin die Weiterentwicklung der begonnenen europäischen Einigung und die Treue der Bundesrepublik zu ihren Bündnispartnern voraussetzt. Auch hier gibt es für Brandt keine austauschbare Politik. Das Bekenntnis zur Demokratie und damit zu einem deutschen Staat der Freiheit sind für ihn unverrückbare Grundsätze, denen er sich und seine Partei verpflichtet weiß.

Der Parteitag in Saarbrücken hat Willy Brandt verstanden. Die Delegierten bereiteten ihm eine Ovation, durch die nicht nur der Dank für das eben Gehörte, sondern auch für Brandts Leistungen als Parteivorsitzender und Staatsmann zum Ausdruck kam. Der Händedruck seiner Freunde war das Zeichen für die in der deutschen Sozialdemokratie lebendige Solidarität.

Günter Grass

Kritik - Mahnung - Auftrag

sp - Ein Nichtmitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gab dem Parteitag der SPD einen seiner Höhepunkte. - Günter Grass, der politisch engagierte Schriftsteller und Gesellschaftskritiker, Anreger und Gründer der Sozialdemokratischen Wählerinitiative, deren Wirken zum großen Sieg der SPD im Herbst 1969 beitrug und damit eine Veränderung der politischen Landschaft in der Bundesrepublik einleitete. Sein Beitrag in Saarbrücken befaßte sich nicht mit Fachfragen. Die Delegierten fühlten es mit jedem Wort, hier sprach ein Mann zu ihnen, dem die Sorge um den Bestand der Weiterentwicklung der Demokratie im Herzen brennt, der aber auch weiß, daß diese Demokratie steht und fällt mit der Fähigkeit der deutschen Sozialdemokratie, das große Gespräch mit dem Volk über die es bedrängenden Fragen zu führen. Mit dem Freimuth, der ihn auszeichnet, legte Grass auch die Motive dar, die ihn und die Wählerinitiative bewegten, die politische Arena zu betreten - die Ablösung der Großen Koalition durch eine SPD/FDP-Regierung. Sie wurde erreicht.

Der Parteitag bekam von Günter Grass aus der Sicht des mündigen Wählers auch Unangenehmes zu hören, verbunden mit Warnungen, sich der jungen Generation nicht zu entfremden. Diese kritische Generation strebt nach neuen Ufern, sie sieht sich links stehend und dies im Verhältnis zu allen Parteien. Doch Grass ist auch nicht entgangen, daß der Rückgriff auf die Väter des Marxismus, vollzogen von der neuen Linken, an der Notwendigkeit unserer Zeit vorbeigeht und daß die Verlagerung des Generationenproblems ins Weltanschauliche hinein den Stillstand erwirkt, nicht den Fortschritt.

Der Parteitag verstand wohl das Dilemma, das Günter Grass den Delegierten zum Bewußtsein brachte und für dessen Überwindung es kein allgemein gültiges Rezept gibt. Diese Partei muß sich bewähren durch energiegeladene Reformen in der Überwindung der sich stellenden Aufgaben einer wandelnden Industriegesellschaft. Sie muß pragmatisch handeln, Schritt für Schritt vorangehen, will sie ihre Ziele erreichen. Erstarrt dieser Pragmatismus zu einem Dogma, dann droht Gefahr, daß die Wurzeln verdorren, aus denen die moralischen Impulse kommen. Der Hunger nach Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, nach Menschenwürde

und nach einer von Geboten internationaler Moral geleiteten Welt ist der Herd der Unruhe, der große Teile der Jugend erfaßt hat. Pragmatisches politisches Handeln ohne die Kraft der Moralität führt ins Leere, es zündet nicht und stößt ab. Doch moralisch begründetes Wollen ohne pragmatisches Verhalten überwindet nicht, was Gerechtigkeitsgefühl und die Sehnsucht nach einer gerechteren Gesellschaft erfordern. Dies ist ein Konflikt, mit dem die SPD am ehesten zurecht kommen kann. Pragmatismus und Idealismus prägen die Geschichte dieser Partei, ohne daß sie daran zerbrach. Darin liegen die Wurzeln ihrer Kraft.

Parteitage der SPD als höchstes Organ bestimmen Inhalt und Richtung der einzuschlagenden praktischen Politik und sind souverän in der Festsetzung des Rahmens, innerhalb dessen die verschiedenen Träger der Partei zu wirken haben. Doch eine Partei wie die Sozialdemokratie kann nicht allein auf ihre Mitglieder hören; sie muß auch ernst nehmen, was mündige Bürger ihr zu sagen haben und was sie ihr an guten Ratschlägen zu vermitteln wissen. Die Beschlüsse der Partei sind nach Grass nicht Selbstzweck, sondern Auftrag ihrer Wähler; diese waren es auch, die die SPD die letzte Bundestagswahl gewinnen ließen.

Der Parteitag hörte aufmerksam und aufgeschlossen dem Dichter und Schriftsteller zu. Günter Grass, Vertreter des geistigen Deutschland, kämpferischer Demokrat, ist bei allen kritischen Vorbehalten stolz auf eine Partei, in der die Idee der sozialen Demokratie in der großen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie sich hat erhalten und weiterentwickeln können. Sie ist die einzige Kraft, den Einbruch des Irrationalismus im politischen Bereich zu verhindern. Die SPD kann auf Günter Grass und die von ihm gegründete Wählerinitiative stolz sein. Skeptizismus und kritische Hilfe hindern nicht, sie treiben voran und verstärken die Wachsamkeit. Die SPD bedarf der Mitarbeit kritischer Bürger von geistigen und moralischem Rang, um tief ins Volk hinein und für das Volk wirken zu können. In den politisch mündigen Wählern hat sie ihre besten und zugleich kritischsten Verbündeten. Günter Grass hat für sie stellvertretend auf dem Parteitag gesprochen. Seine Mahnungen sind gewiß nicht in den Wind geschlagen.

+ + +

## Frauen als Delegierte in Saarbrücken

---

Prozentualer Anteil seit Nürnberg vergrößert

Von Ursula Hanau

Auf dem SPD-Parteitag in Saarbrücken hat sich, im Vergleich zum Nürnberger Parteitag 1968, die Zahl der weiblichen Delegierten effektiv und prozentual erhöht. In die Nürnberger Meistersingerhalle waren 18 Frauen (= 5,4 v.H. der insgesamt 335 Delegierten) entsandt worden, in der Saarbrücker Messehalle befinden sich unter den - ebenfalls - 335 Delegierten immerhin 29 Frauen (= fast 9 v.H.). Gewiß kein "Erd-rutsch". Dennoch kann man aber ohne Übertreibung sagen, daß die bisher scheinbar chronische Unterrepräsentanz der Frauen bei den SPD-Parteitagen langsam abbröckelt.

In Nürnberg hatte Annemarie Renger MdE, Mitglied des dortigen Parteitagspräsidiums, öffentlich ihr Bedauern über den niedrigen Prozentsatz weiblicher Delegierter bekundet. Auf die sich in Saarbrücken abzeichnende Entwicklung angesprochen, meinte Frau Renger, der ständige Appell an die Mitgliedschaft, besonders an die Männer, habe offensichtlich einen gewissen Erfolg gehabt, "der", so fügte sie hinzu, "noch durch die Kraftanstrengung der Frauen selbst verstärkt werden muß".

Die Voraussetzungen dafür sind nicht schlecht. Der prozentuale Anteil der Frauen an der SPD-Mitgliedschaft schwankt regional zwischen 17 und 25 v.H. In ländlichen Gebieten, Klein- und Mittelstädten sind "die Frauen" nur zögernd zu politischem Engagement bereit (in diese Erfahrung teilen sich übrigens alle Parteien), während in Großstädten, wie z.B. Dortmund, etwa 25 v.H. der SPD-Mitglieder Frauen sind.

Und mehr als die Hälfte der bundesdeutschen Wähler sind auch Frauen. Würde sich in politischen Gremien, vor allem in den Parlamenten, die Zusammensetzung der Bevölkerung genau widerspiegeln, dann müßten mehr als die Hälfte aller Parlamentarier Frauen sein. Die männlichen Abgeordneten brauchen jedoch keine Sorge zu haben, jemals von ihren Kolleginnen in den Parlamenten majorisiert zu werden. Denn auch künftig werden Frauen, Hausfrauen und Mütter sein. Und diese Rollen werden sich immer als starke Handicaps für kontinuierliche Arbeit in der Öffentlichkeit auswirken.

Dennoch sollte nichts unterlassen werden, um die Repräsentanz der Frauen in den Parlamenten von Wahl zu Wahl weiterhin zu verstärken. Es ist offenes Geheimnis, daß schon bei den Vor-Aufstellungen der Kandidaten-Listen für Parlamentswahlen St. Proporz immer seinen Segen dazu geben muß. Anders gesagt: Alle in den Parteien vertretenen gesellschaftlichen Gruppen werden in - wenigstens annähernd - angemessenem Verhältnis zu ihrer Repräsentanz in den Mitgliedschaften berücksichtigt.

Die Zahl der weiblichen SPD-Abgeordneten auf allen parlamentarischen Ebenen ist größer als die Zahl der Mandatsträgerinnen aller anderen Parteien zusammen. Das darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden. Da aber die Forderung nach politischer Gleichberechtigung für die Frauen zuerst von Sozialdemokraten erhoben wurde, wäre es nur folgerichtig, wenn die SPD in ihren parlamentarischen Fraktionen, in ihren innerparteilichen Gremien und Institutionen und nicht zuletzt auch bei ihren Parteitagen den Frauen einen immer stärkeren Anteil an den Mandaten zuteil werden lassen würde.

K A S S E L  
-----

Zur Erinnerung an Philipp Scheidemann

Von Wendelin Enders, MdB

Das geplante Treffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und Ministerpräsident Willi Stoph hat der nordhessischen Stadt Kassel eine unerwartete Publizität verschafft. Es würden zugleich auf die geschichtliche Bedeutung der Stadt, ihre Beziehungen zum mitteldeutschen Raum und ihre bedeutenden Männer hingewiesen. Zu ihnen gehörte der sozialdemokratische Politiker Philipp Scheidemann, der am 26. Juli 1865 in einem schiefen Haus der engen und buckligen Michelsgasse im alten Kassel geboren wurde. Nach Buchdruckerlehre und Wanderjahren arbeitete Scheidemann als sozialdemokratischer Schriftsteller in Nürnberg, Offenbach und Gießen. In seinen Memoiren berichtet er von der parteilichen Landagitation in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, wo den Sozialdemokraten nicht nur Gehässigkeit begegnete, wurden sie auch oft von Hunden aus den Dörfern gehetzt.

Der unruhige Wahlkreis Solingen entsandte Philipp Scheidemann im Jahre 1903 in den Reichstag. Nach einigen Jahren wurde er Mitglied des Parteivorstandes und 1912 erster sozialdemokratischer Vizepräsident des Reichstages. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges stand er als kaiserlicher Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max von Baden. Die geschichtliche Bedeutung Philipps Scheidemanns liegt darin, daß er am 9. November 1918 vom Balkon des Reichstages in Berlin die Republik verkündete und somit den staatlichen Wandel von der Monarchie zur Republik einleitete.

Zu Beginn des Jahres 1919 wurde Scheidemann Mitte Februar zum Reichskanzler eines Kabinetts gewählt, das sich aus Sozialdemokraten, Zentrumsangehörigen und Demokraten zusammensetzte. Schon am 20. Juni 1919 aber trat Reichskanzler Scheidemann mit seinem Kabinett aus Protest gegen die Annahme des Versailler-Vertrages zurück.

Von 1920-25 bekleidete Philipp Scheidemann in seiner Vaterstadt Kassel das Amt des Oberbürgermeisters. Während dieser Zeit mußte er sich ständig Vorwürfe und Angriffe der "nationalen" Rechten erwehren. Am Pfingstsonntag des Jahres 1922 wurde auf ihn während eines Spaziergangs in den Wilhelmshöher Anlagen ein Attentat verübt. Einer der beiden Täter sprühte aus einem Spritzball Blausäure gegen Nacken und Gesicht des Oberbürgermeisters. Scheidemann brach zusammen, konnte jedoch noch zwei Schüsse auf den flüchtenden Täter abgeben. Er hatte sein Leben nur dem glücklichen Umstand zu verdanken, daß an dem windigen Tag das Gas verflog und nicht in Nase und Mund gelangte.

Die Täter wurden 4 Wochen später, als Waldarbeiter getarnt, in Oberschlesien festgenommen. Der Staatsgerichtshof in Leipzig verurteilte sie noch im gleichen Jahr zu 10 Jahren Zuchthaus und erkannte ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte ab. Es wirkt kurios, wenn man in den Prozesakten liest, daß sich Scheidemann während der Verhandlungen gegen die Ausfälligkeiten der rechtsgerichteten Mordgesellen verteidigen mußte. Nicht ohne höhnische Schadensfreude registrierte ein Teil der Presse die unberechtigten Vorwürfe in ihrer Berichterstattung an erster Stelle.

Während der Weimarer Republik war Philipp Scheidemann Reichstagsabgeordneter. Mit der Errichtung der Nazidiktatur verließ er Deutschland und starb am 29.11.1939 in Kopenhagen.

## Die SPD - in schwedischer Sicht

---

Von Kaj Björk,

Mitglied des Reichtages und Vorsitzender der schwedischen  
Delegation im Europarat

Betrachtet man die Stellung der Sozialdemokratie im heutigen Europa, fällt es einem auf, daß die Erfolge sozialdemokratischer Parteien an gewisse Sprach- und Kulturgebiete gebunden zu sein scheinen. In England, Skandinavien, Bundesrepublik Deutschland und Österreich vertreten die sozialdemokratischen Parteien zwischen 40 und 50 Prozent der Wähler, in vier Ländern sind Sozialdemokraten Regierungschefs. In Frankreich und Italien hat dagegen der demokratische Sozialismus große Schwierigkeiten und eine lange Krise zu überwinden, während die Beneluxländer und die Schweiz eine Art Mittellage einnehmen. Die sterile Oppositionspolitik der französischen und italienischen Kommunisten, die in der Praxis dazu beiträgt, die Gesellschaftsverhältnisse zu konservieren, versetzt natürlich ihre sozialdemokratischen Konkurrenten in eine besonders komplizierte Situation. Aber man kommt auch in Versuchung sich zu fragen, ob nicht alte ideologische Traditionen auf beiden Seiten des Rheins einen ausschlaggebenden Einfluß auf die heutige parteipolitische Struktur in Frankreich und Deutschland haben.

Jetzt muß man aber vorsichtig sein, zu weitgehende Schlüsse aus einer politischen Situation zu ziehen, die zufälliger Natur sein kann. Auch Deutschlands Arbeiterbewegung wurde seinerzeit von einer kommunistischen Zersplitterung betroffen, die noch ernsthaftere Konsequenzen hatte als das entsprechende Phänomen in Frankreich. Daß die deutsche Sozialdemokratie aus diesen tragischen Erfahrungen ihre Lehre zog, bekam für die politische Entwicklung Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg eine entscheidende Bedeutung. Kurt Schumacher erscheint bei einem Rückblick als einer der ersten in der Nachkriegszeit bedeutenden politischen Gestalten. Daß es aber der SPD gelang, auf dem Fundament, das er schuf, weiterzubauen und durch ein sukzessives sich Freimachen von alten Dogmen immer größere Wählerscharen eroberte, ist ein Verdienst seiner Nachfolger. Willy Brandts Übernahme des Postens als Regierungschef bedeutet eine imponierende Kulmination vieler Jahre zäher, zielstrebigere und hingebungsvoller Arbeit einer Partei, die bei den Arbeitnehmern in Deutschland tiefe Wurzeln hat.

Die deutsche und schwedische Sozialdemokratie hatten sich immer in einem fruchtbaren Wechselspiel miteinander befunden. Lange waren die schwedischen Sozialdemokraten beinahe nur Empfänger von Ideen und Impulsen aus dem Süden. Aber glückliche historische Umstände gaben den Schweden Gelegenheit, Schritt für Schritt eine Gesellschaft aufzubauen nach den Idealen, die immer die internationale Arbeiterbewegung inspiriert haben. Dieser Aufbau hat nicht nur dem

schwedischen Volk gedient. Er hat auch den ausländischen Beobachtern mit der Fähigkeit, ihre Erfahrungen auf das eigene nationale Milieu zu applizieren, Anregungen gegeben. Wer Willy Brandt als Emigrant in Norwegen und Schweden in den dreißiger und vierziger Jahren kennenlernte, konnte nicht ahnen, daß das Milieu sein zukünftiges politisches Denken und Handeln beeinflussen würde. Schwedische Sozialdemokraten haben immer eine natürliche Zusammengehörigkeit mit Willy Brandt und anderen Deutschen empfunden, die in den Kriegsjahren in Schweden als Flüchtlinge lebten. Sie scheinen uns besser verstanden zu haben, als wir sie.

Jede sozialdemokratische Partei muß ihre außenpolitische Linie vom Standpunkt der nationalen Interessen des eigenen Landes formen. Dies kann sich wie ein prosaisches Dementi des sozialdemokratischen Internationalismus anhören. Aber für die Sozialdemokratie ist es besonders natürlich, auf das eigene Volk zu hören - auch in der Außenpolitik. Der Internationalismus der Wähler kann nur die Frucht eigener Erfahrungen und Lehren sein. Die Sehnsucht des normalen Menschen nach Frieden und Geborgenheit muß die solide Basis für alle Bestrebungen sein, das Verhältnis zwischen den Staaten zu beeinflussen. Die neue Ostpolitik der Regierung Brandt weckt Interesse und Sympathie, weil sie deutlich mit den Forderungen an menschlichere Verhältnisse verknüpft ist. Wir wissen, daß dies keine Politik ist, die von Illusionen geleitet wird. Wir wissen, daß sie genau so viel Geduld fordert, wie die Arbeit, die SPD zu einem dominierenden Faktor in der Innenpolitik auszubauen. Wir wagen es nicht, eine Ansicht über das Resultat zu äußern. Aber wir sind in Schweden einer tiefgehenden Überzeugung, daß die Teilung Europas ein Zustand ist, der auf die Dauer nicht akzeptiert werden sollte. Wir haben keine Ambitionen zu versuchen, selber die Großmächtsblöcke auseinanderzubrechen, aber wir heißen jeden Versuch willkommen, ein allzu steifes Blickdenken zu überwinden.

In der Politik der Regierung Brandt gibt es einen Zug von Großzügigkeit und Weitsicht, der uns an Hjalmar Branting erinnert - den ersten sozialdemokratischen Regierungschef in Schweden, der versuchte Europa nach einem langen und bitteren Krieg, einen Beitrag zur Völkerversöhnung zu geben. Das internationale Bewußtsein hat sich innerhalb unserer Partei während der letzten Jahre wieder verstärkt. Wenn sich dieses neuerwachte internationale Interesse oft gegen Konflikte außerhalb Europas richtet, bedeutet das nicht, daß wir die Wichtigkeit, Konfliktsituationen in unserem eigenen Weltteil aus dem Weg zu räumen, unterschätzen. Zwischen schwedischen und deutschen Interessen gibt es keine Gegensätze. Friedliche Lösungen der Probleme des deutschen Volkes können nur allen Völkern Europas von Nutzen sein. Die schwedischen Sozialdemokraten haben allen Grund, ihren deutschen Freunden bei ihren zielbewußten Bestrebungen Erfolg zu wünschen.